

# Die neue Steuer- und Familienpolitik

## Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes und Einführung eine Kinderbetreuungsabgabe

Im reichen Luxemburg ist ungefähr jeder Fünfte dem Risiko der Armut ausgesetzt. Was bedeutet Armut in einem reichen Land? Sicher nicht, vor Hunger zu sterben, oder bei der geringsten Krankheit nicht mehr gepflegt zu werden. Bei uns bedeutet Armut, am sozialen und kulturellen Leben nicht teilzunehmen zu können. Jede Ausgabe muss dreimal überlegt werden; man lebt ständig mit dem Risiko und der Angst, dass es nicht für das Lebensnotwendige reicht.

Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 % steigen besonders für die „kleinen“ Leute notwendige Ausgaben: für Brennmaterial, Elektrizität, Haushaltsgeräte, Autos mit Zubehör, usw. Für viele Familien, die sich jetzt schon am Rande des Abgleitens in die absolute Armut befinden, könnte es in Zukunft dramatisch werden.

Die neue Abgabe zur Kinderbetreuung, welche auf allen Einkommen einschließlich RMG erhoben wird, hat denselben Effekt: jemand, der jetzt schon nicht genug hat, wird geschröpft, diejenigen aber, die über gute Einkommen verfügen, werden diese 0,5% Abgabe nicht merken.

Unverständlich ist daher, weshalb diese zwei steuerlichen Maßnahmen nicht einerseits mit einer Erhöhung der Ausgleichszulagen und andererseits mit Einführung eines Freibetrages, ab denen die Abgabe erst erhoben wird, einhergehen.

## Abschaffung der Allocation de maternité und der Allocation d'éducation.

Eltern von Kleinkindern hatten bis jetzt die Wahl: entweder steigt einer der Elternteile während einiger Zeit aus dem aktiven Berufsleben aus und versucht, ganz für die Kinder da zu sein. Oder beide Eltern gehen weiterhin ihrem Berufe nach und vertrauen ihr Kind staatlichen Einrichtungen an. Welche die beste Lösung für das Kind und die betroffenen Eltern ist, darüber ließ der Staat bis jetzt die Eltern entscheiden. Er versuchte, erstere Lösung den Eltern zu ermöglichen, indem er die beiden Zulagen verteilte.

Dem wird in Zukunft nicht mehr so sein: unter liberaler Federführung wird die Kleinkinderbetreuung de facto verstaatlicht. Eltern, die sich entscheiden, während der ersten Lebensjahre ihre Kinder selbst zu erziehen, trifft die ganze Härte der neuen Regelung: ihre Leistung verdient keinen Zuschuss und daher auch keine Anerkennung mehr. - Die Betreuung eines Kindes in einer Kindertagesstätte schlägt mit 2000 Euro pro Monat zu Buche. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, Eltern, die keine Kita in Anspruch nehmen, einen Teil der Summe, die das Kind in einer staatlich betreuten Struktur kosten würde, weiterhin zukommen zu lassen. Jedes Kind, das nicht vom Staate betreut wird, erspart der Öffentlichkeit viel Geld.

## Neuregelung des Kindergeldes

Zukünftig gelten neue Sätze für das Kindergeld: Familien mit einem Kind bekommen geringfügig mehr, ab 3 Kindern wird drastisch reduziert (bei 3 Kindern 238.38 € pro Monat, bei 4 Kindern 412.08 € pro Monat.) Das neue System gilt nur für Kinder, die noch nicht geboren sind, demnach wird während der nächsten 18 (!) Jahre in Punkto Kindergeld zweigleisig gefahren werden.

Für Eltern, die sich überlegen, ob sie ein weiteres Kind zur Welt bringen, stellt sich die Frage aber jetzt schon, angesichts der drastischen Reduzierung der staatlichen

Unterstützung. Die Gefahr, ins gesellschaftliche Abseits zu geraten, wird bekanntlich mit mehr Kindern immer größer, und manche Familien werden dieses Risiko nicht mehr auf sich nehmen.

Es kann vermutet werden, dass dieser Effekt politisch gewollt ist. Unser noch immer überraschend dynamischer Arbeitsmarkt soll die nötigen Arbeitskräfte nicht mehr hier im Lande und in der Grenzregion beziehen, sondern aus Ländern, wo noch viele Kinder geboren werden. Wäre es nicht angebracht, diesen grundlegenden politischen Neuansatz zum Gegenstand eines Referendums zu machen? Dann könnte das Volk entscheiden, ob es dies will.

Gast Kemp